

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Beigeordneter IV  
Bearbeitet von: Herrn Bockemühl

Siegen, 02.08.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>24.08.2022</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>30.08.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>31.08.2022</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>01.09.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>14.09.2022</b>

Kurzbezeichnung:

**Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen;  
hier: Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und Erlass**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Ergebnisse der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis und beschließt den Erlass der Stallplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der beigefügten Anlagen und ergänzenden Erläuterungen.

### Sachverhalt / Begründung:

Mit Ratsbeschluss vom 15.06.2022 (vgl. Vorlage Nr. 907/2022) erfolgte die öffentliche Auslegung des Satzungsentwurfes sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Zeitraum vom 28.06.2022 bis 27.07.2022. Hierbei wurden zwei Stellungnahmen eingereicht. In der Stellungnahme des Kreises Siegen-Wittgensteins wurden keine Bedenken zur Stellplatzsatzung geäußert. Die Anregungen der Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK), die sich insbesondere auf die Interessen der regionalen Wirtschaft beziehen, werden im Folgenden zusammengefasst und abgewogen.

Die IHK kritisiert einerseits die in Anlage 1 des Satzungsentwurfes festgelegten Richtzahlen. Hierbei werden explizit die Richtzahlen für Stellplätze von Büro- und Verwaltungsräumen, Kraftfahrzeugwerkstätten sowie die Richtzahlen für Fahrradabstellplätze von Industriebetrieben, Lagerräumen und Lagerplätzen mit den Richtwerten der seit 01.07.2022 geltenden Landesstellplatzverordnung verglichen. Letztere setzt jedoch ausdrücklich nur das unverzichtbare Minimum an Regelungsinhalten und Richtwerten fest. Die im Siegener Satzungsentwurf aufgeführten Richtwerte orientieren sich dagegen am Mittelwert der empfohlenen Spanne aus dem Leitfaden des Zukunftsnetzes Mobilität NRW, weshalb an diesen festgehalten werden soll.

Andererseits fordert die IHK in ihrer Stellungnahme eine Flexibilisierung und Ausnahmeregelungen zum Verzicht auf die Herstellung oder Ablöse von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen. Während Einzelfallberechnungen unter § 3 Abs. 1 und Abweichungen unter § 6 in Ausnahmefällen ermöglicht werden, kommen Verzicht oder Ablöse von Fahrradabstellplätzen aus Gründen der Radverkehrsförderung nicht infrage. Den seitens der IHK angesprochenen flexiblen Regelungen, wonach Betriebe über die Anzahl herzustellender Stellplätze selbst entscheiden können sollten, um den tatsächlichen Bedarf besser abbilden zu können, kann aus Sicht der Verwaltung nicht entsprochen werden. Grundsätzlich wird mit der Stellplatzsatzung versucht, eine an den Ist-Zustand angepasste Generalisierung von Stellplatzbedarfen darzustellen. Auch wenn Einzelfallberechnungen nach § 3 Abs. 1 möglich sind, gewährleisten fachlich fundierte, pauschale Richtzahlen die Gleichbehandlung, Transparenz und Planbarkeit von Bauvorhaben.

Des Weiteren begrüßt die IHK die Aussetzungsmöglichkeiten nach § 3 Abs. 9, fordert aber eine Erhöhung des prozentualen Aussetzungsanteils bei Monats- und Jobtickets von aktuell 5 % auf 10 %. Die im Satzungsentwurf dargestellten Aussetzungsanteile sind bewusst gering gehalten, da hierbei im interkommunalen und fachlichen Diskurs bisher wenige Erfahrungswerte vorliegen. Zudem sollte aus Sicht der IHK der ÖPNV-Abzug (§ 3 Abs. 7) allein nach der Qualität der ÖPNV-Anbindung und nicht nach der Lage definiert werden. Die Lage spiegelt jedoch die Frequentierung und damit die Wahrscheinlichkeit der ÖPNV-Nutzung wider. Diese sind beispielsweise in ländlichen Stadtteilen geringer als in zentralen Lagen.

Die IHK kritisiert außerdem, dass die Ablösebeträge auf Grundlage von 80 % der Herstellungskosten ermittelt wurden. Nach Bauordnung sind bis zu 80 % der Kosten zulässig. Die Ablösebeträge des Satzungsentwurfes wurden vor den Preissteigerungen durch den Krieg in der Ukraine ermittelt und liegen in etwa auf dem Niveau der bisherigen Ablösesatzung. Eine Senkung auf unter 80 % der Herstellungskosten würde eine Ablöse attraktiver gestalten und nicht dem grundsätzlichen Zweck der Stellplatzherrichtung dienen.

Abschließend regt die IHK wirtschaftsfördernde Regelungsinhalte der Stellplatzsatzung zur Stärkung der Innenstadt und Stadtteilzentren an. Beispielhaft aufgeführt werden der Verzicht, die Reduzierung und die zeitliche Streckung von Ablösebeträgen sowie Ausnahme- und Härtefallregelungen. Letztere werden durch Einzelfallberechnungen nach § 3 Abs. 1 oder Abweichungen nach § 6 der Stellplatzsatzung abgedeckt. Eine zeitliche Streckung von Ablösezahlungen würde einer Art Ratenzahlung entsprechen und zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten. Außerdem wird der Stellplatz- oder Ablösenachweis für die Baugenehmigung benötigt. Eine Ratenzahlung der Ablöse würde den Baugenehmigungsprozess folglich

verzögern. Die Stellplatzsatzung als Instrument für wirtschaftsfördernde Anreize zu verwenden, wird nicht als zielführend angesehen. Geringere Ablösebeträge für innerstädtische Lagen würden zudem das Problem der exakten Gebietsabgrenzung verstärken.

Neben den Anregungen der externen Beteiligung wurde im verwaltungsinternen Bearbeitungsprozess von geplanten Wohnungsbauvorhaben eine Problematik der Fahrradabstellflächen erkannt. Daraufhin wurden die unter § 4 Abs. 7 der Stellplatzsatzung definierten Vorgaben zur Errichtung von Fahrradabstellplätzen wie folgt ergänzt: „Fahradabstellplätze dürfen nur in Ausnahmefällen in den nach § 47 Abs. 4 Bauordnung NRW definierten Abstellflächen nachgewiesen werden.“ Hiermit wird verhindert, dass Fahrradabstellplätze in den nicht für Fahrräder vorgesehenen, meist klein dimensionierten Abstellräumen von Wohngebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 nachgewiesen werden dürfen, bzw. nur dann, wenn diese ausreichend dimensioniert werden.

Die Formulierungen, die in den Satzungsunterlagen angepasst bzw. ergänzt wurden, sind in den Anlagen farblich markiert. Nach Beschluss des Erlasses der Stellplatzsatzung durch den Rat der Universitätsstadt Siegen tritt diese am 01.10.2022 in Kraft.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b> Einerseits erhöht die Herstellungspflicht von Stellplätzen den Grad der Flächenversiegelung und kann bei hohen Richtzahlen den motorisierten Individualverkehr fördern. Andererseits weist die Richtzahlentabelle jedoch größtenteils mittlere Richtzahlen im Vergleich zu den empfohlenen Spannen des Leitfadens auf. Zudem wird der öffentliche Raum vom ruhenden Verkehr entlastet, wodurch der Verkehrsfluss verbessert wird. Dadurch werden auch der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr attraktiver. Darüber hinaus werden erstmals verbindlich Fahrradabstellplätze gefordert und der kommunale Satzungsentwurf setzt einige Anreize zum Umstieg auf andere Verkehrsträger. Eine belegbare Aussage ist aufgrund des komplexen Sachverhalts und des indirekten Einflusses der Satzung auf den Verkehr im öffentlichen Raum daher nicht möglich.			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.